



# EWSA info



## LEITARTIKEL

Liebe Leserinnen und Leser,

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um auf einige zentrale Erfolge im Bereich Kommunikation im ersten Jahr der laufenden Mandatsperiode des EWSA zurückzublicken. Außerdem möchte ich die wesentlichen Kommunikationsmöglichkeiten der kommenden Monate skizzieren. Betrachten Sie dies bitte als eine Vorschau auf die anstehenden Tätigkeiten im Hinblick auf eine effektivere Kommunikationspolitik des EWSA.

Im Mittelpunkt der Plenartagung im Juli standen zwei themenverwandte Stellungnahmen zu heiklen Fragen: jene zur Erhaltung der Stahlindustrie und ihrer Arbeitsplätze sowie jene zur Frage, ob die EU China den Marktwirtschaftsstatus (MWS) zuerkennen sollte. Der EWSA sagte laut und deutlich, dass die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China eine Bedrohung für die Schlüsselindustrien Europas gleichkommen würde. Diese klare Haltung der Zivilgesellschaft hat erhebliche Aufmerksamkeit bei den Medien geweckt, was die Sorgen der europäischen Bürgerinnen und Bürger angesichts einer Entscheidung widerspiegelt, die dramatische Auswirkungen auf ihr Leben haben könnte. Selbstverständlich haben wir sowohl die Bedenken der Arbeitnehmer als auch die der Arbeitgeber und die der Verbraucher aufgegriffen, und ich hoffe, dass die Berichterstattung zu diesen Debatten in dieser Ausgabe auch für Sie von Interesse sein wird.

Ein weiterer Schwerpunkt der Pressearbeit des EWSA im vergangenen Jahr war die geplante Obsoleszenz. Nachdem der EWSA sich mit seiner Stellungnahme im Jahr 2013 an die Spitze einer Kampagne gesetzt hat, in der die EU zum Handeln aufgefordert wird, veröffentlichte er eine wegweisende Studie zur Kennzeichnung der Lebensdauer von Produkten. Daraus ging hervor, dass die Verbraucher bereit sind, für langlebige Produkte mehr Geld auszugeben. Darüber hinaus hat sich der EWSA erneut proaktiv mit einem Thema befasst, das von zentraler Bedeutung ist: die Kreislaufwirtschaft.

Und er hat sich in besonderem Maße für die Rechte von Menschen mit Behinderungen eingesetzt. Auf der Veranstaltung, die nach der Vorlage des neuen EU-Rechtsaktes über Barrierefreiheit am 14. Dezember anlässlich des Internationalen Tags der Menschen mit Behinderungen stattfand, bekräftigte der EWSA sein Engagement, dafür zu sorgen, dass Personen mit Behinderungen ein Mitspracherecht bei allen sie betreffenden Entscheidungen haben. Der Schwerpunkt des *Preises der Zivilgesellschaft 2015* lag auf Armut in Europa sowie auf der Förderung von Organisationen, die die Armut in Europa mit vorbildlichen Maßnahmen vor Ort bekämpfen. Im letzten November berichteten renommierte Medien anlässlich der Umsetzungsfrist der EU-Richtlinie, die der EWSA von Beginn an unterstützt hatte, über den Erfolg und die Rolle des EWSA bei der Förderung der Opferrechte in Europa.

Die Themen Migration und Integration von Migranten und Flüchtlingen in der EU zogen sich wie ein roter Faden durch die Tätigkeiten des EWSA im Jahr 2016. Durch seine zahlreichen Informationsreisen in die am stärksten betroffenen Länder, die daraus resultierenden konkreten Vorschläge für politische Entscheidungsträger in der EU und die Debatten in Brüssel im Rahmen von *Your Europe, Your Say 2016* hat der EWSA einen nicht unerheblichen Beitrag zu einer tragfähigen Lösung geleistet. Der *Preis der Zivilgesellschaft 2016*, der im Dezember an Organisationen verliehen wird, die Migranten unterstützen, bildet den Höhepunkt eines arbeitsintensiven Jahres.

Im Herbst dieses Jahres wird der EWSA ferner weitere wichtige Informationsreisen durchführen, um die Lage im Bereich der sozialen Rechte in den Mitgliedstaaten der EU zu sondieren. Am 24./25. November findet in Wien das EWSA-Medienseminar der Zivilgesellschaft statt. Wir werden unsere breit angelegte Konsultation innerhalb des EWSA bezüglich der Entwicklung des neuen EWSA-Internetportals fortsetzen. Es ist uns eine Freude, mithilfe der Tätigkeiten der Abteilung Kommunikation, die wichtige Veröffentlichungen, Werbung in sozialen Medien und der Presse, die Organisation zahlreicher Veranstaltungen und Aktivitäten sowie den Empfang von Tausenden Besuchern aus der gesamten EU umfassen, die wichtigen beratenden Arbeiten des EWSA künftig noch stärker zu unterstützen und den Einfluss des EWSA und der Zivilgesellschaft in der EU weiter auszubauen. *Aktivitäten vor Ort* („Going local“) gehören zu den Prioritäten unseres Mandats. Die Mitglieder des EWSA sind fest in den Organisationen der Mitgliedstaaten verankert und haben damit sowohl die Möglichkeit als auch die Pflicht, nicht nur ihre Ansichten nach Brüssel zu tragen, sondern auch Europa bei sich zu Hause zu vermitteln.

Natürlich ist Kommunikation ein wechselseitiger Prozess und eine gemeinsame Verantwortung, und die Haupttätigkeit des EWSA besteht in der harten Arbeit seiner Mitglieder und Fachgruppen, die Stellungnahmen ausarbeiten, die die Rechtsetzung der EU mitgestalten. Der Kommunikation kommt dabei die wichtige Rolle zu, diese Arbeit ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

In den kommenden Monaten wird der neue slowakische Ratsvorsitz eine Fülle von Aktivitäten organisieren, und wir werden uns weiterhin darauf konzentrieren, der Öffentlichkeit unsere hochwertige Arbeit bei der Suche nach europäischen Lösungen für die vor uns liegenden Herausforderungen zu vermitteln. Lassen Sie uns diese Aufgabe gemeinsam anpacken!

Gonçalo Lobo Xavier

Für Kommunikation zuständiger Vizepräsident des EWSA

## Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss Eine Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft September 2016 | DE

### EWSA gegen Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China

Der EWSA warnt davor, China den Marktwirtschaftsstatus zu gewähren und appelliert an die europäischen Institutionen, sich mit wirksamen handelspolitischen Schutzinstrumenten aktiv für den Erhalt europäischer Arbeitsplätze und Werte einzusetzen. In seiner am 14. Juli verabschiedeten Stellungnahme verweist der EWSA auf die möglicherweise verheerenden Auswirkungen einer Gewährung des Marktwirtschaftsstatus für China auf die europäische Industrie und damit auch auf den europäischen Arbeitsmarkt.

„Die europäische Industrie braucht gleiche Wettbewerbsbedingungen und muss gegen unlautere Wettbewerbspraktiken geschützt werden. Solange China die fünf EU-Kriterien nicht erfüllt, kann das Land nicht als Marktwirtschaft gelten“, erklärte der EWSA-Berichtersteller Andrés Barceló (Gruppe Arbeitgeber, Spanien).

Betroffen wären vor allem die Aluminium-, Fahrrad-, Keramik-, Glas-, Kfz-Teile-, Papier- und Stahlindustrie. Bedenken hat der EWSA auch hinsichtlich der Auswirkungen auf die Innovation und folglich auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas. „Die gesamte industrielle Wertschöpfungskette wäre gefährdet und Europa würde der Verlust unzähliger Arbeitsplätze, auch für hochspezialisierte Facharbeiter, drohen. Unsere Wettbewerbsfähigkeit stünde auf dem Spiel, da nur eine starke Industrie in der Lage ist, in Forschung



Von links nach rechts: EWSA-Mitglied Andrés Barceló, Berichterstatter für die Themen Stahlindustrie und Marktwirtschaftsstatus (MWS), sowie die CCMI-Delegierten Enrico Gibellieri und Gerald Kreuzer, Ko-Berichterstatter für die Stellungnahmen zur Stahlindustrie bzw. zum MWS, während der Debatte im Plenum

und Entwicklung zu investieren“, betonte Ko-Berichterstatter Gerald Kreuzer (CCMI-Delegierter, Österreich).

Abgesehen von den Auswirkungen auf Beschäftigung, Wachstum und Innovation in Europa wäre die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus an China ein schwerer Rückschlag für Europas Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung und die Bekämpfung des Klimawandels.

Der EWSA wird eine spezielle Struktur einrichten, um die Frage des Marktwirtschaftsstatus für China aus Sicht der organisierten Zivilgesellschaft mitzuverfolgen. (sma)



©shutterstock/Tatiana53

### Gleiche Wettbewerbsbedingungen überlebensnotwendig für europäische Stahlindustrie

Die europäische Stahlindustrie wurde von der Wirtschaftskrise und einer Flut unlauterer Stahleinfuhren, die zum Einbruch der Stahlpreise und zum Schrumpfen der europäischen Stahlindustrie geführt haben, hart getroffen. „Wir brauchen gleiche Wettbewerbsbedingungen für die europäische Stahlindustrie“, so Andrés Barceló (Gruppe Arbeitgeber, Spanien), Berichterstatter für die EWSA-Stellungnahme zum Thema „**Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa**“.

Der EWSA sprach sich daher auch gegen die Zuerkennung des Marktwirtschaftsstatus an China aus, da dies „Arbeitsplatzverlagerungen, den Import von Umweltbelastungen und schließlich den Todesstoß für die europäische Stahlindustrie“ bedeuten würde.

Stattdessen hat der EWSA mehrere Vorschläge zur Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen unter besonderer



©shutterstock/Shestakov Dmitry

Berücksichtigung von Antidumpingmaßnahmen, Europäischem Emissionshandelsystem und Investitionen unterbreitet:

- Steigerung der Wirksamkeit und Effizienz handelspolitischer Schutzinstrumente, unter anderem durch die Abschaffung der „Regel des niedrigeren Zolls“ oder die Registrierung von Einfuhren vor der Verabschiedung vorläufiger Maßnahmen;
- Gewährung kostenfreier Emissionsrechte für die wettbewerbsfähigsten Stahlwerke sowie ein Ausgleich für die europäische Industrie für indirekte

Kosten, die sich aus dem Emissionshandelsystem ergeben;

- Ankurbelung der Investitionen durch die Modernisierung von Stahlwerken und Anlagen und die Erforschung und Entwicklung neuer, besserer Produkte und leistungsfähigerer Verfahren, um den Erhalt der technologischen Spitzenposition zu sichern.

Der EWSA dringt außerdem auf eine rasche Wiedereinsetzung der Hochrangigen Gruppe Stahl. „Die Stahlindustrie ist die Grundlage der europäischen Industrie und erfordert daher unsere ganze Aufmerksamkeit“, so Ko-Berichterstatter Enrico Gibellieri (CCMI-Delegierter, Italien). (sma)

## BITTE VORMERKEN

19./20. Oktober 2016/EWSA, Brüssel: EWSA-Plenartagung

## IN DIESER AUSGABE

- Wettbewerbskommissarin Vestager auf der Plenartagung des EWSA: „Wettbewerb ist für alle wichtig!“
- Verschlechterung der Arbeitsbeziehungen und Arbeitnehmerrechte in Großbritannien: neuer Bericht der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA
- EWSA-Delegation besucht Moskau, um die Fortführung des Dialogs mit den Organisationen der russischen Zivilgesellschaft zu unterstützen



# Wettbewerbskommissarin Vestager auf der Plenartagung des EWSA: Wettbewerb ist für alle wichtig – für eine gerechte Gesellschaft und eine starke Wirtschaft

Margrethe Vestager, in der EU-Kommission für Wettbewerb zuständig, sprach sich auf der EWSA-Plenartagung am 14. Juli mit starken Argumenten für eine auf Verbraucher, Unternehmen und soziale Gerechtigkeit ausgerichtete EU-Wettbewerbspolitik aus. Sie führte wichtige Beispiele der jüngsten Vergangenheit aus den Bereichen Energie, Verkehr, staatliche Beihilfen und Besteuerung an und hob hervor, dass die Unternehmen durch den Wettbewerb ihre Preise gesenkt und ihre Produkte verbessert hätten. So seien Investitionen in die Wirtschaft geflossen und Arbeitsplätze geschaffen worden.



Margrethe Vestager, EU-Kommissarin für Wettbewerb, und EWSA-Präsident Georges Dassis

„In der EU stehen die Menschen im Mittelpunkt. Wir müssen uns jetzt zusammensetzen und Antworten auf die Fragen finden, die uns alle angehen“, sagte Vestager. „[In diesem Ausschuss] beschäftigen Sie sich mit den Themen, die das tägliche Leben der Menschen betreffen [...], und Sie wissen genau, was getan werden muss, um ihnen zu helfen. Ihre Stellungnahme zu unserem Jahresbericht zur Wettbewerbspolitik 2014 beginnt mit einer Aussage, die meines Erachtens von grundlegender Bedeutung ist: Wettbewerb kommt allen zugute. Nicht nur den Verbrauchern, sondern auch den Unternehmen und Arbeitnehmern.“

Die Mitglieder des EWSA bekräftigten ihre Unterstützung für die Politik von EU-Kommissarin Vestager und sprachen die aktuellen Probleme in der Stahl- und

Eisenbahnindustrie mit China an. Neben dem Sozialdumping wurden auch die Themen Steuerhinterziehung, Verzerrungen in Bezug auf die Bedingungen für eine Selbständigkeit, Hindernisse im elektronischen Geschäftsverkehr für KMU und der Missbrauch von Machtpositionen in Branchen angesprochen, in denen früher staatliche Monopole vorherrschten.

EWSA-Präsident Georges Dassis dankte EU-Kommissarin Vestager, begrüßte ihren sozial inklusiven Ansatz in Bezug auf den Wettbewerb und bestärkte sie darin, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen und die von ihr eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. (cad) ●

## EWSA fordert strengeres Vorgehen der EU gegen illegalen Artenhandel

Der illegale Artenhandel ist aufgrund der starken Nachfrage und des geringen Aufdeckungsrisikos zu einer der profitabelsten illegalen Aktivitäten weltweit geworden. In seiner auf der Plenartagung im Juli verabschiedeten Stellungnahme begrüßt der EWSA den vorgeschlagenen Aktionsplan der EU zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels und unterstreicht, dass diesem Verbrechen auf verschiedenen Ebenen der Lieferkette entgegengewirkt werden sollte:

- in der Bevölkerung der Herkunftsländer durch Sensibilisierung und Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen und Einkommen als Alternative zu Wilderei und Wildtierschmuggel;
- auf Ebene der organisierten Kriminalität durch Umsetzung gemeinsamer und wirksamer Sanktionen;
- auf der Nachfrageseite durch Sensibilisierung der Unternehmen und Verbraucher und durch Schaffung eines Systems der Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung;
- auf Ebene der Justiz durch Förderung der Rechtsdurchsetzung und durch Ausbildung der Richter, um einheitliche und angemessene Strafen zu gewährleisten.

Gleichwohl vermisst der EWSA einen Verweis der Europäischen Kommission auf die Gefahren für die öffentliche Gesundheit und die heimischen Tier- und Pflanzenarten. Dieses Problem ist von großer Bedeutung und sollte unbedingt im EU-Aktionsplan berücksichtigt werden. Systeme für eine Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit wären angemessene Maßnahmen, um das Auftreten und die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern.



©shutterstock/Fernando Cortes

Zur Unterstützung der mit diesem Aktionsplan verfolgten Ziele fordert der EWSA die EU nachdrücklich dazu auf, auf der anstehenden 17. Konferenz der Vertragsparteien (CoP17) des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (CITES) eine in diesem Sinne starke Position zu vertreten. Der EWSA fordert die Kommission insbesondere auf, den Vorschlag der Schließung heimischer Märkte für Elfenbein als entscheidenden Beitrag für die Verhinderung der drohenden Ausrottung der Afrikanischen Elefanten zu unterstützen.

Schließlich bekräftigt der EWSA erneut seine Bereitschaft, jedwede diesbezügliche EU-Initiative zu unterstützen. (sma) ●

## DER EWSA: EINE ZUSAMMENSCHAU

### Tätigkeitsbericht 2015

Die Broschüre „Der EWSA: eine Zusammenschau“ ist soeben erschienen. Dabei handelt es sich um die für die breite Öffentlichkeit bestimmte Version des offiziellen Jährlichen Tätigkeitsberichts 2015.

Die Veröffentlichung enthält Schaubilder und andere grafische Darstellungen zum besseren Verständnis der Funktions- und Arbeitsweise des EWSA und steht in drei Sprachfassungen – Englisch, Französisch und Deutsch – zur Verfügung. Papierfassungen können angefordert werden bei: vipcese@eesc.europa.eu.

Der vollständige Bericht kann hier abgerufen werden: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.publications&itemCode=40141> (jp)



## Eine neue industriepolitische Strategie für das „digitale Zeitalter“

Angesichts der Möglichkeiten, die sich im Zuge der digitalen industriellen Revolution eröffnen, ist ein koordiniertes Vorgehen aller Interessenträger, eine Neuausrichtung auf Kompetenzen und die Einrichtung regionaler Netze erforderlich. In seiner Stellungnahme **Industrie 4.0 und digitaler Wandel: wohin der Weg geht** fordert der EWSA daher eine „EU-Strategie Industrie 4.0“, um die aus 28 einzelnen digitalen Strategien resultierende Fragmentierung zu überwinden.

Nach Meinung des EWSA sollte die Kommission zur gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung für die notwendige Aneignung digitaler Kompetenzen beitragen und den Regierungen der Mitgliedstaaten die wirksame Koordinierung auf EU-Ebene als Beispiel vorgeben. Sinnvoll könnten Knotenpunkte der digitalen Innovation als Fortbildungszentren für Arbeitnehmer sein.

„Entscheidend ist die Zusammenarbeit“, erklärt Berichtserstatter Joost van Iersel (Gruppe Arbeitgeber, Niederlande), „nationale und regionale 4.0-Plattformen sollten alle relevanten Interessenträger zusammenbringen. Innerhalb eines gemeinsamen EU-Rahmens sollte sich jede von



©shutterstock/frank peters

ihnen eigenständig entfalten. Partnerschaften aller Art, Synergien und Clusterbildung, grenzübergreifende Verfahrensweisen und europäisches Benchmarking sollten gefördert werden.“

Der EWSA fordert die Kommission nun auf, durch die Umsetzung des Strategieplans für eine Beschleunigung der Entwicklung zu sorgen.

Auch die umfangreichen sozialen Auswirkungen der digitalen industriellen Revolution sollten nach Ansicht des EWSA von den politischen Entscheidungsträgern berücksichtigt werden. Eine Vertiefung des sozialen Dialogs auf EU-Ebene wird frühzeitige Anpassungen im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechts zum Schutz der Arbeitnehmer erleichtern. (sma) ●

## Digitale E-Senioren und die Seniorenwirtschaft

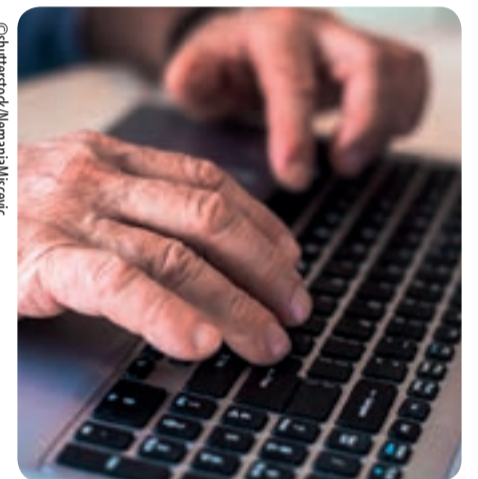
In seiner im Juli verabschiedeten Stellungnahme „Die digitale Säule des Wachstums: E-Senioren, ein Potenzial in einer Größenordnung von 25 % der europäischen Bevölkerung“ weist der EWSA darauf hin, dass die zunehmende Zahl an älteren Menschen eine Chance für die Wirtschaft sein kann. Rund 25 % der EU-Bevölkerung sind ältere Menschen, die einen wachsenden Markt an wirtschaftlichen und sozialen Akteuren im digitalen Zeitalter bilden.

Die EU steht vor einer neuen Herausforderung, und zwar die Teilhabe dieser 125 Millionen Bürgerinnen und Bürger am Alltag und an der digitalen Wende zu sichern. Der EWSA betont, dass eine neue Herangehensweise an die Seniorenwirtschaft gefunden werden muss.

Im Jahr 2060 wird es doppelt so viele ältere wie junge Menschen geben, wobei die Zahl der Hochbetagten die Zahl der unter 5-Jährigen übertreffen wird.

„Die Informationstechnologien müssen genauso Teil des Alltags dieser 125 Millionen Bürger wie des Rests der Gesellschaft werden und dürfen nicht nur auf die technisch-medizinische Unterstützung ausgerichtet sein“, unterstreicht EWSA-Berichtserstatterin Laure Batut (Gruppe Arbeitnehmer, Frankreich).

Ein Lösungsansatz wäre die Bereitstellung öffentlicher Räume mit freiem Internetzugang und Unterstützung



©shutterstock/Nemanjaskvic

seitens der lokalen Verwaltung sowie die Einrichtung eines Freiwilligendienstes. Für die Gewährleistung dieses Zugangs muss ganz klar ein globales Steuerungssystem entwickelt werden, um die Inklusion älterer Menschen in die digitale Welt sicherzustellen. Darüber hinaus empfiehlt der EWSA, das Programm „Erasmus+“ um die Dimension „Senioren“ zu erweitern, d. h. die Schaffung eines „Erasmus-Programms für Senioren (SENECA)“, das eine ideale Plattform für den Austausch bewährter Verfahren und die Förderung des Erwerbs digitaler Kompetenzen bieten könnte. (cad) ●

## Investitionen, Integration und sozialer Dialog im Interesse einer rentablen europäischen Luftfahrtbranche

Mit der europäischen Luftverkehrsstrategie soll, so der EWSA, als übergeordnetes Ziel ein Klima geschaffen werden, das europäische Investoren zu Investitionen in die Luftfahrtbranche ermutigt.

In seiner Stellungnahme zum „Luftverkehrspaket I“ fordert der Ausschuss europäische Investitionen nach dem Beispiel der Regierungen in anderen Ländern, die strategische Investitionen in ihre Luftfahrtbranche tätigen. Derzeit steht die Branche unter starkem Wettbewerbsdruck durch Konkurrenten aus Drittländern, und der europäische Markt ist sehr attraktiv für außereuropäische Luftfahrtunternehmen und Hersteller.

„Wir müssen die europäischen Investoren davon überzeugen, dass Luftfahrt auch heute noch ein profitables Geschäft sein kann“, so Jacek P. Krawczyk, EWSA-Berichtserstatter und Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber. „Die europäische Luftfahrt muss im Wettbewerb mit anderen globalen Akteuren vorausschauend agieren. Wenn andere vom großen EU-Markt profitieren möchten, dann sollten sie auch die EU-Standards in puncto Sicherheit, Umweltschutz, Arbeitsrecht und staatliche Beihilfen einhalten.“

Der EWSA bekräftigt, dass die Strategie abgesehen davon, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen



©shutterstock/aldarab

# Der EWSA fordert die EU-Kommission zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger auf

## Ein Jahr für neue Impulse und mehr Solidarität in Europa

EWSA-Präsident Georges Dassis traf am 18. Juli mit dem Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, zusammen und übergab ihm den Beitrag des EWSA zum Arbeitsprogramm der Kommission 2017. Der EWSA empfiehlt, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken, die Rolle der EU in der Welt auszubauen und den Bürgerinnen und Bürgern die Eigenverantwortung, die sie für die EU tragen, stärker zu vermitteln.

Er betont zudem, dass 2017 ein Jahr des frischen Windes und von mehr Solidarität in Europa sein sollte. Der EWSA empfiehlt in seinem Beitrag konkrete Maßnahmen für die Kommissionsstrategie 2017. Er ersucht darin auch, uneingeschränkt in den Brexit-Verhandlungsprozess einbezogen zu werden, und fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre zehn prioritären Bereiche unter Berücksichtigung des EU-Austritts des Vereinigten Königreichs zu überarbeiten.

Präsident Dassis erklärte, dass „sich die Kommission darum bemühen muss, in Europa wieder ein Gefühl der Solidarität und der Verantwortung zu schaffen und die Unterstützung durch die Öffentlichkeit



wiederzuerlangen. Sie muss auch alles daransetzen, die derzeitigen Unsicherheiten in Bezug auf die Zukunft der EU so schnell wie möglich aus der Welt zu schaffen. Das Ergebnis des britischen Referendums ist eine traurige Mahnung, dass das Projekt Europa nur voranschreiten kann, wenn auf die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger - allen voran die wachsende soziale und wirtschaftliche Unsicherheit - schnelle und wirkungsvolle Antworten gefunden werden.“ (mm)



© Shutterstock/Imvest

## Kein Klimaschutz ohne Bürgerbeteiligung

In seiner jüngst verabschiedeten Stellungnahme zum Thema **Bündnis zur Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris** setzt der EWSA sich damit auseinander, wie die Zivilgesellschaft enger in die Umsetzung des Übereinkommens von Paris einbezogen werden kann. In Verbindung mit Klimaschutzmaßnahmen muss das Potenzial der Zivilgesellschaft umfassend ausgeschöpft werden; diesbezüglich bietet vor allem der Energiebereich umfassende Möglichkeiten. „Der bürokratische Aufwand hält viele Menschen davon ab, eigene Projekte zu verwirklichen. Ein weiterer Hemmschuh ist der Zugang zu Finanzierung“, erläutert Berichterstatter Lutz Ribbe (Gruppe Verschiedene Interessen, Deutschland) und plädiert für ein Bündnis, das als Ausdruck eines Regierens auf mehreren Ebenen das Prinzip „global denken – lokal handeln“ neu belebt.

Das Bündnis sollte

- klären, welche Klimaschutzmaßnahmen zivilgesellschaftliche Akteure planen und umsetzen wollen/können;

- Hemmnisse, die einer erfolgreichen Umsetzung im Wege stehen, identifizieren und beseitigen;
- Erfolgsbeispiele besser bekannt machen, um zur Nachahmung anzuregen;
- die entscheidenden Erfolgsbedingungen und -faktoren benennen und
- einen politischen Rahmen vorgeben, der die notwendigen Handlungsbedingungen schafft.

Der EWSA plädiert für „Klimaschutz von unten“, der jedoch nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit gehen darf. „Über sozialen Dialog und Tarifverhandlungen muss ein positiver Handlungsrahmen für neue Berufsbilder und die Umgestaltung der Arbeitswelt geschaffen werden“, argumentiert die Mitberichterstatterin für die Stellungnahme, Isabel Caño Aguilar (Gruppe Arbeitnehmer, Spanien).

Zusammen mit dem AdR, Comité 21 und anderen Partnern hat der EWSA bereits mit dem Aufbau dieses Bündnisses begonnen. (sma)

## STANDPUNKT

### EU und Türkei – ein vernünftiger Dialog für vernünftige Lösungen

Dilyana Slavova, Vorsitzende der Fachgruppe Außenbeziehungen, Gruppe Verschiedene Interessen

Seit einem Jahr steht die Türkei infolge der Syrienkrise, des massiven Flüchtlingszustroms nach Europa und des kürzlich gescheiterten Putschs im Rampenlicht der politischen Weltbühne.

Nach dem Staatsstreich wurde in der Türkei der Ausnahmezustand verhängt, und die Europäer fürchten jetzt, dass Präsident Erdoğan den Putschversuch als Vorwand nutzen könnte, um die Zügel noch enger anzuziehen. Auf der anderen Seite wirft die türkische Regierung der EU fehlendes Verständnis vor.

Die Bürgerinnen und Bürger der EU sind über die jüngsten Entwicklungen in der Türkei, die zeigen, wie umfassend die Kontrolle und Einflussnahme sind, die der Staat auf die organisierte Zivilgesellschaft ausübt, zutiefst beunruhigt. Sie machen sich Sorgen, wie es um die Zukunft unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen und um die Rolle der Zivilgesellschaft in der Türkei allgemein bestellt ist.

Alle haben wir den gescheiterten Putsch verurteilt und klargestellt, dass der „Ausnahmezustand“ nicht dazu missbraucht werden darf, um Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit auszuhebeln. Der gescheiterte Putsch sollte Anlass sein, ILO-Übereinkommen sowie internationale und europäische Menschenrechtskonventionen durchzusetzen, nicht aber dagegen zu verstoßen.

Das ist der Grund, warum eine Anpassung der EU an schnelle geopolitische Veränderungen und die Stärkung ihrer entsprechenden Widerstandsfähigkeit zwingend erforderlich sind. Wir müssen wirksame Krisenbewältigungsstrategien entwickeln, denn Krisen sind jetzt ein Teil unseres Lebens. Wir brauchen vernünftige Lösungen für die Herausforderungen, vor denen wir als Union stehen.

Welche Lösungen gibt es?

Der Preis für einen Ausschluss der Türkei aus dem europäischen Integrationsprozess ist sehr hoch, sowohl für die EU als auch für die Türkei. Wären die türkischen Beitrittsverhandlungen – von der Außenpolitik, über Rechtsstaatlichkeit und Flüchtlinge, bis hin zu Wirtschaftswachstum und Energiepolitik – seit ihrem Beginn mit mehr Nachdruck verfolgt worden, wäre die Situation heute ganz anders.

Im Umgang mit der Türkei sollte Europa viel mehr Kreativität und Intelligenz an den Tag legen. Geopolitische Standorte können wir zwar nicht ändern, wir können aber sehr wohl einen innovativeren Umgang mit unseren Nachbarn finden. Wir brauchen Frieden und Stabilität an unseren Grenzen. Die Türkei und Europa sollten rhetorisch abrüsten und in politischen Fragen, die beide Seiten betreffen, ihre Zusammenarbeit verstärken. Die Türkei ist nach wie vor ein wichtiger geostrategischer Nachbar, und kein Mitgliedstaat kann im Alleingang erfolgreich



Dilyana Slavova, Vorsitzende der Fachgruppe Außenbeziehungen des EWSA

mit der Türkei verhandeln. Die EU braucht eine klare gemeinsame Strategie, um die Herausforderungen zu bewältigen, die in den Bereichen Migration und Grenzkontrollen sowie im Zusammenhang mit dem Konzept zur Steuerung der Flüchtlings- und Migrantenströme bestehen. Es ist höchste Zeit, dass wir mit der Türkei wie mit einem Partner umgehen, damit wir zu einem vernünftigen Dialog für vernünftige Lösungen kommen.

## Verschlechterung der Arbeitsbeziehungen und Arbeitnehmerrechte in Großbritannien: neuer Bericht der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA

Die Gruppe Arbeitnehmer des EWSA beauftragte eine unabhängige britische Forschungseinrichtung - das Labour Research Department - mit der Ausarbeitung eines Berichts zum Thema *Die Krise und die Entwicklung der Arbeitsbeziehungen im Vereinigten Königreich*. Die wichtigste Schlussfolgerung des Berichts lautet: Die Arbeitsbeziehungen und die Arbeitnehmerrechte haben sich seit dem Ausbruch der Finanzkrise von 2008/2009 im Vereinigten Königreich generell verschlechtert.

Seit dieser Phase der Kreditklemme und großen Rezession sind Status, Rolle und Einfluss der Gewerkschaften geschwunden, ihre Mitgliederzahlen sind rückläufig, und das Streikrecht wurde durch den Trade Union Act 2016 weiter beschnitten.

In dem Bericht wird insbesondere auf die Sparmaßnahmen seit 2010 verwiesen, die zu Leistungskürzungen und einer Zunahme befristeter Verträge führen, darunter auch der sogenannten Null-Stunden-Verträge, die den Arbeitnehmern kein Mindesteinkommen garantieren. Gleichwohl werden in dem Bericht auch einige

positive Schritte herausgestellt, etwa die Bemühungen um die Verringerung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen und die Einführung eines freiwilligen nationalen Mindestlohns.

In dem vor der Entscheidung des Vereinigten Königreichs über den EU-Austritt veröffentlichten Bericht wird betont, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in Großbritannien gegen den Brexit waren.

„Trotz des Brexits oder dem, was sich daraus ergibt, werden die EU-Gewerkschaften auch künftig in enger Zusammenarbeit mit den britischen Gewerkschaften auf ein faireres und sozialeres Europa hinwirken“, so Gabriele Bischoff, Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA. „Bei den Sozialstandards brauchen wir überall die Bonitätsstufe AAA“, betonte sie.

Der vollständige Bericht kann hier abgerufen werden: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.group-2-studies.39081> (cad)

## EWSA-Mitglieder stoßen europaweit Debatten über die europäische Säule sozialer Rechte an

Im März 2016 legte die Europäische Kommission eine Initiative zur europäischen Säule sozialer Rechte vor, in der sie die von Kommissionspräsident Juncker eingegangene Verpflichtung zur Schaffung eines „fairen und wahrhaft europäischen Arbeitsmarkts“ als Teil der laufenden Arbeiten an einer tieferen und gerechteren Wirtschafts- und Währungsunion aufgreift. Dem EWSA geht es darum, dass die europäische Zivilgesellschaft in vollem Umfang in diese Initiative einbezogen wird. Daher werden in den 28 Mitgliedstaaten Debatten mit der organisierten Zivilgesellschaft angestoßen. Ziel ist es, einen Meinungsaustausch zu ermöglichen und die vordringlichsten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen auf nationaler und europäischer Ebene zu benennen sowie aufzuzeigen, wie eine europäische Säule sozialer Rechte bei deren Bewältigung helfen könnte.

Die Schlussfolgerungen dieser Debatten, die von September bis Mitte Oktober 2016 stattfinden, werden in die Stellungnahme des EWSA zur europäischen Säule sozialer Rechte einfließen, die auf der EWSA-Plenartagung im Dezember verabschiedet werden soll. Mit

seiner Stellungnahme leistet der EWSA einen Beitrag zum Weißbuch der Europäischen Kommission zur Zukunft der Wirtschafts- und Währungsunion, das voraussichtlich 2017 vorgelegt wird.

In der EWSA-Stellungnahme wird ein breites Themenspektrum behandelt, darunter die Zukunft der Arbeit im Lichte der sich wandelnden Arbeitswelt, wozu auch der Übergang zur digitalen Wirtschaft in der EU gehört, oder etwa die Fragen, wie die Arbeitsmärkte dem Bedarf der Unternehmen, der Arbeitnehmer und der Arbeitssuchenden besser gerecht werden können, wie nachhaltige und hochwertige Sozialschutzsysteme und Sozialdienstleistungen gesichert werden können und wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in Europa gestärkt werden kann. Aufgrund der großen Bedeutung, die der EWSA der Säule sozialer Rechte beimisst, fungieren die Vorsitzenden der drei Gruppen im EWSA, Herr Krawczyk (Gruppe Arbeitgeber), Frau Bischoff (Gruppe Arbeitnehmer) und Herr Jahier (Gruppe Verschiedene Interessen), als Berichterstatter für diese Stellungnahme. (cad/dm)



## Die Gruppe Arbeitgeber auf dem Europäischen Forum für neue Ideen

Wie wird sich die „Industrie 4.0“ auf das gewachsene System der Beziehungen zwischen den Sozialpartnern auswirken? Was müssen die politischen Entscheidungsträger tun, damit Unternehmen und Arbeitnehmer von der laufenden digitalen Revolution profitieren? Wie wird sich der Arbeitsmarkt in den nächsten Jahren wandeln, und wie wird sich der soziale Dialog der Zukunft gestalten? Fragen dieser Art sollen in einer Podiumsdiskussion erörtert werden, die die Gruppe Arbeitgeber auf dem Europäischen Forum für neue Ideen (EFNI) veranstaltet, das Ende September in Sopot (Polen) stattfindet.



Jacek P. Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber, auf dem Europäischen Forum für neue Ideen (EFNI) im Jahr 2015

„Die vierte industrielle Revolution, die gerade im Gang ist, wird sich nicht nur tiefgreifend auf die Produktionsabläufe, sondern ebenso dramatisch auf den Arbeitsmarkt und somit auch auf den sozialen Dialog auswirken“, erklärt Jacek Krawczyk, Vorsitzender der Gruppe Arbeitgeber. „Da die Zukunft der Arbeit das Schwerpunktthema des diesjährigen EFNI ist, wollen wir die praktischen Auswirkungen genauer unter die Lupe nehmen.“

An der Debatte darüber, „ob die vierte industrielle Revolution die Rolle und die Bedeutung von Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften radikal verändern wird“, werden sich Vertreter der Sozialpartner der europäischen und nationalen Ebene beteiligen, darunter auch Vertreter des Verbands BusinessEurope und des Europäischen Gewerkschaftsbunds.

Das Europäische Forum für neue Ideen ist ein internationaler Kongress der Wirtschaft, an dem hochrangige Vertreter aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Medien teilnehmen. Seit 2011 wird es vom polnischen Arbeitgeberverband Lewiatan in Zusammenarbeit mit BusinessEurope und der Stadt Sopot sowie polnischen und ausländischen Unternehmen und Institutionen organisiert. (lj) ●

## Der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung muss Priorität eingeräumt werden

„Alle sind gefragt“, sagte Gabriele Bischoff, Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA, anlässlich ihres Besuchs beim Gewinner des EWSA-Preises der Zivilgesellschaft 2015, dem gemeinnützigen Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland“, der es sich zum Ziel gesetzt hat, Armen und sozial Benachteiligten medizinische Versorgung zu bieten. Mit ihrem Besuch wolle sie sich aus erster Hand einen Eindruck davon verschaffen, wie das Preisgeld, mit dem Solidaritätsprojekte prämiert und unterstützt werden, eingesetzt wurde und der Organisation geholfen hat, ihre Vorhaben zu verwirklichen. Gabriele Bischoff unterstrich das Engagement des EWSA in der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung: „Wir haben eine ganze Armee engagierter Menschen in unserer Zivilgesellschaft“, bemerkte Frau Bischoff und erläuterte den Ansatz des EWSA. „Diese Menschen verdienen unsere Wertschätzung und die notwendige politische Unterstützung.“

Armut hat viele Gesichter: Arbeits- und Wohnungslosigkeit, geringe bis keine Bildungschancen, materielle Einschränkung und schlechte Gesundheit sind nur einige davon. In Armut lebenden Menschen helfen, wieder gesund zu werden – so lautet das Ziel, das sich der Gründer und Leiter des Mainzer Vereins, Prof. Gerhard Trabert, gesetzt hat. Mit einer mobilen Arztpraxis fährt er zu Obdachlosen und sozial Benachteiligten; darüber hinaus leistet der Verein umfangreiche Beratung in sozialen Fragen, insbesondere auch, was den Versicherungsschutz oder die (Re-)Integration in die Gesellschaft anbelangt. Frau Bischoff hörte viele traurige Geschichten – vielfach von Arbeitskräften, die unter falschen Voraussetzungen als sogenannte „Scheinselbständige“ eingestellt wurden, nicht wissend, dass sie keinen Versicherungsschutz haben. „Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer ist einer der wichtigsten Grundsätze der EU“, so Gabi Bischoff, „es ist jedoch nicht



Gabriele Bischoff, Vorsitzende der Gruppe Arbeitnehmer des EWSA, zu Besuch beim gemeinnützigen Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.“, Gewinner des Preises der Zivilgesellschaft 2015

hinnehmbar, dass ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als ‚Scheinselbständige‘ angeheuert werden. Hier kann und muss die EU tätig werden und dieser Praxis einen Riegel vorschieben.“ Frau Bischoff hörte aber auch von den vielen Erfolgen, die der Verein dank des Engagements seiner 50 fast ausschließlich ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und auch dank der Anerkennung durch den EWSA erreichen konnte. (sma) ●

## KURZ NOTIERT

### EWSA-Delegation besucht Moskau, um die Fortführung des Dialogs mit den Organisationen der russischen Zivilgesellschaft zu unterstützen

Der EWSA unternahm am 30./31. August eine Informationsreise nach Russland. Der zweitägige Besuch bot den EWSA-Mitgliedern die Gelegenheit zu einem Treffen mit der Gesellschaftskammer der Russischen Föderation und anderen Organisationen der russischen Zivilgesellschaft. Die Delegation des EWSA erörterte die derzeitige Lage der zivilgesellschaftlichen Organisationen vor allem mit Blick auf die Menschenrechte und Umweltfragen.

Als EU-Institution, die die organisierte Zivilgesellschaft Europas im EU-Gesetzgebungsverfahren vertritt, ist der EWSA im Einklang mit den Grundsätzen der EU-Russlandpolitik davon überzeugt, dass der zivilgesellschaftliche Dialog zwischen der EU und Russland unter allen Umständen fortgesetzt werden muss. Durch seinen Besuch in Moskau bekräftigte der EWSA sein Bemühen um direkte Kontakte zwischen den Bevölkerungen und die Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Russland,

die unterschiedliche und breitgefächerte Interessen und Perspektiven vertreten.

Die Delegation bestand aus Mitgliedern des Begleitausschusses EU-Russland, Markus Penttinen (Gruppe Arbeitnehmer, Finnland), Ulrika Westerlund (Gruppe Verschiedene Interessen, Schweden), sowie Dilyana Slavova (Vorsitzende der Fachgruppe Außenbeziehungen des EWSA, Gruppe Verschiedene Interessen, Bulgarien). (mm/dm) ●

## Die Rolle der Zivilgesellschaft in der europäischen Energieunion: Gewährleistung sicherer, nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Energie

Am 27. Oktober 2016 wird die Gruppe Verschiedene Interessen in Bratislava eine Konferenz zum Thema *Die Rolle der Zivilgesellschaft in der europäischen Energieunion: Gewährleistung sicherer, nachhaltiger, wettbewerbsfähiger und erschwinglicher Energie* veranstalten.

Ziel der Konferenz ist ein besseres Verständnis der Rolle der Zivilgesellschaft im Kontext der Energiesicherheit und der Energiewende auf nationaler und regionaler Ebene. Durch die Mitwirkung der Zivilgesellschaft und die Einbindung ihres Sachverständs sollen die Verbindungen, Partnerschaften und Dialoge zwischen den Interessenträgern auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene ausgebaut werden.

Maroš ŠEFČOVIČ, der für die Energieunion zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, hat bereits seine Teilnahme als Hauptredner bei der Eröffnung der Konferenz zugesagt. Er wird den Standpunkt der Kommission zur Rolle der Zivilgesellschaft in der europäischen Energieunion darlegen.

Konkret wird es auf der Konferenz um folgende Themen gehen:

- Energiesicherheit und effiziente Energieversorgung;
- wirksame Steuerung der Energiewende;



- eine Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie;
- mögliche Beiträge der Energiepolitik zur nationalen und regionalen Entwicklung;
- Umgestaltung des Strommarkts und Auswirkungen auf schutzbedürftige Verbraucher. (cl) ●

## IN KÜRZE IM EWSA

### Fotoausstellung

#### „Der Wald der Erinnerung: Marcinelle nach der Tragödie“

Der EWSA zeigt eine Fotoausstellung des Berufsfotografen Max Pelagatti. Die Ausstellung, die vom 21. September bis zum 14. Oktober 2016 zu sehen sein wird, steht unter dem Motto „Der Wald der Erinnerung: Marcinelle nach der Tragödie“ und zeichnet den Alltag der italienischen Bergarbeiterfamilien nach, die 1946-1956 in Belgien lebten. Diese zehn Jahre standen im Zeichen der bilateralen Abkommen zwischen Belgien und Italien über Arbeitsmigration sowie des Unglücks im Kohlebergwerk Bois du Cazier am 8. August 1956.

Anlass ist der 60. Jahrestag des Grubenunglücks im Bois du Cazier sowie der 70. Jahrestag der bilateralen Abkommen zwischen Belgien und Italien.

Im Rahmen der Ausstellungseröffnung soll am 21. September in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe SOC eine nicht politisch ausgerichtete Diskussion organisiert



werden. Diese Diskussion soll Impulse in Bezug auf die Sicherheit von Arbeitnehmern und das Thema Einwanderung im aktuellen Kontext geben und das Bewusstsein für aktive europäische Bürgerschaft, Solidarität und Toleranz schärfen. (jp) ●

EWSA info in 23 Sprachen: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

### Redaktionsausschuss:

Alun Jones (Chefredakteur)  
Daniela Marangoni (dm)

### Beiträge zu dieser Ausgabe von:

Caroline Alibert-Deprez (cad)  
Chloé Lahousse (cl)  
Dilyana Slavova (ds)  
Jonna Pedersen (jp)  
Leszek Jarosz (lj)  
Milen Minchev (mm)  
Silvia M. Aumair (sma)

### Gesamtkoordinierung:

Agata Berdys (ab)

### Redaktionsschluss: 5. September 2016

### Anschrift:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss  
Jacques-Delors-Gebäude, Rue Belliard/  
Belliardstraat 99, B-1040 Brüssel, Belgien  
Tel. (+32 2) 546.94.76  
Fax (+32 2) 546.97.64  
E-Mail: [eescinfo@eesc.europa.eu](mailto:eescinfo@eesc.europa.eu)  
Internet: <http://www.eesc.europa.eu/>

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der Plenartagungen des Ausschusses. Die Druckausgaben von EWSA info in Deutsch, Englisch und Französisch sind beim Pressedienst des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses kostenlos erhältlich.

EWSA info kann auch in 23 Sprachen im pdf-Format vom Internetportal des Ausschusses abgerufen werden:

URL: <http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.eesc-info>

EWSA info ist keine offizielle Berichterstattung über die Arbeit des Ausschusses; diese erfolgt im Amtsblatt der Europäischen Union und in anderen Publikationen des EWSA.

Nachdruck mit Quellenangabe (bei Einsendung eines Belegexemplars an die Redaktion) gestattet.

Auflage: 5 800 Exemplare

Nächste Ausgabe: Oktober 2016

GEDRUCKT AUF 100 % RECYCLINGPAPIER

September 2016 / 7



Amt für Veröffentlichungen